



Unser Recht auf Leben und Arbeit

Immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich!

In der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“¹ heißt es, dass „die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden bildet“ und, „dass die Mitgliedsstaaten sich verpflichtet haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern [...] sowie auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken.“

Die „Charta der Grundrechte der EU“² verankert „die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und stellt den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns [...]“. Hehre Ziele, jedoch bis heute nur leere Worthülsen. Die Realität zeigt ein erschreckend entgegengesetztes Bild.

1. Arm immer ärmer, Reich immer reicher!

Das Internationale Rote Kreuz veröffentlichte 2013, dass 43 Millionen Menschen in Europa hungern müssen und 120 Millionen armutsgefährdet sind³. Ist das etwa unter Würde des Menschen, sozialem Fortschritt und besseren Lebensbedingungen zu verstehen?

Der Armutsbericht 2013 weist für Deutschland aus, dass durchschnittlich jeder siebte von **Armut** bedroht ist, in Bremen, Dortmund, Duisburg und in vielen östlichen Bundesgebieten etwa jeder Vierte.

Das Statistische Bundesamt stellt fest, dass im Durchschnitt sogar jeder Fünfte von Armut bedroht ist. Die mühsam erkämpften Sozialsysteme wurden und werden Schritt für Schritt zerschlagen. Maximalprofit der Konzerne ist die Devise, nicht Würde des Menschen, soziale Gerechtigkeit oder bessere Lebensbedingungen.

Eine OECD-Studie vom Mai 2014 beleuchtet die zerstörerischen, sozialgesellschaftlichen Folgen in Deutschland. Der

Niedriglohnsektor ist enorm gewachsen. Im Jahr 2013 arbeiteten erstmals über drei Millionen Menschen im Zweitjob, eine Verdreifachung seit 1990. Ein hoher Anteil der Arbeitnehmer ist notgedrungen in befristeten Jobs beschäftigt. 2,8 Millionen Kinder leben in Armut.

Wie geht es den Rentnerinnen und Rentnern? Mehr als eine Million Menschen über 65 Jahre müssen weiterarbeiten und sich mit Gelegenheitsjobs ein paar Euros zuverdienen, soweit überhaupt noch möglich. Ende Juni 2013 gab es nach einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit 829.173 Minijobber über 65 Jahre, davon waren 137.000 sogar älter als 74 Jahre.

Was empfiehlt die Bundesregierung? Für das Alter ansparen, z.B. mittels Riesterrente. Inflationäre Entwertung und Finanzkrisen werden dafür sorgen, dass vom Ersparten nicht viel übrig bleibt. Verächtlicher ist noch, dass die Ärmere gar kein Geld zur Vorsorge haben.

Wohin fließen aber die Gewinne aus Wirtschaft und Finanzspekulationen? Die 85 reichsten Menschen der Welt besitzen soviel, wie die gesamte arme Hälfte der Weltbevölkerung zusammen (Oxfam-Bericht zur Reichtumsverteilung). Das **Vermögen** der europäischen Superreichen übertrifft mit 17 Billionen Euro die Staatsverschuldung aller 28 EU-Staaten. In Deutschland besitzen ein Prozent der Menschen ganze 33 % des Gesamtvermögens⁴. Über 2,4 Billionen USD sollen diese deutschen Superreichen verfügen.

Mit Freiheit, Gleichheit, Solidarität hat diese gesellschaftliche Entwicklung aber auch gar nichts zu tun. Menschenwürde und Demokratie werden mit Füßen getreten.



Abb. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ (Art. 1 Abs. 1, Grundgesetz)

2. Ursachen dieser menschenunwürdigen Diskrepanz zwischen Arm und Reich

Mächtige Monopole beherrschen Wirtschaft und Politik. Die kläglichen Reste des Sozialstaates sind in Auflösung. Die meisten Medien vermitteln neoliberale Phrasen, Halbwahrheiten und Verdrehungen der Begriffe von Demokratie, sozialer Marktwirtschaft und Gerechtigkeit:

- **Billigjobs** werden, als „Jobwunder“ gepriesen.
- Ein Gesundheitssystem, welches aus Kranken Multi-Milliarden Gewinne, vornehmlich für die Pharmaindustrie herauspresst, wird als fortschrittlich und menschlich verkauft. Die **Volkkrankheiten** nehmen jedoch bedrohlich zu. Die Behandlungskosten entwickeln sich ins Uferlose. Nebenwirkungen von Medikamenten bringen neue Erkrankungen, deren Scheintherapie neue Gewinne. Eine gigantische Umverteilung von Billionen Beitragsgeldern, privaten Zahlungen und Steuergeldern an die Pharmaindustrie findet statt. Tagtäglich werden wir irregeführt, belogen und abgezockt. Die Sozialsysteme drohen zu kollabieren.
- Gigantische 34 Billionen Euro werden zur Behandlung von **Krebs** und anderen „Nicht-Infektionskrankheiten“ für 2030 weltweit prognostiziert, das 3-fache aller Brutto-Sozialprodukte der EU-Mitgliedsstaaten des Jahres 2010 zusammengenommen (World Economic Forum 2011). Doch eine weitgehende Vermeidung vieler Krankheiten wäre möglich, indem wissenschaftlich begründete und nebenwirkungsfreie Naturheilstoffe zum Einsatz kämen.
- Ein aktuelles Beispiel für den Wahnsinn verdeutlicht das neue Medikament Sovaldi gegen Hepatitis des US-Pharmakonzerns Gilead. Dafür soll der Patient **700 Euro pro Tablette** zahlen! Seit Markteinführung Anfang dieses Jahres in Deutschland wurden bereits 123 Millionen ausgegeben, mindestens eine Milliarde sollen es bis Jahresende werden (Die Welt, 06.08.2014). Je Behandlung wird mit Kosten von 50.000 bis 115.000 Euro gerechnet. Die Herstellungskosten liegen geschätzt bei lediglich 100 Euro pro Behandlungszyklus. Dabei wird nur erwähnt, eine bessere Wirkung als ältere Medikamente zu erzielen. Doch was heißt das konkret? Selbst die Krankenkassen protestieren, obwohl sie ja Behandlungskosten in ähnlichen Größenordnungen z.B. bei der Krebsbekämpfung mittels Chemotherapie durchaus gewöhnt sind.
- Hochgejubelt werden auch Bildungspakete zur angeblichen Verbesserung der Lebenssituation von **Kindern** und ihren Familien, **die in Armut leben**. Die Bundesregierung ist nicht einmal willens, den Vorgaben des Verfassungsgerichts zu folgen, einen kindergerechten Regelsatz im Hartz IV-Leistungsbereich umzusetzen.
- Lächerliche Rentenerhöhungen werden als großer Wurf für die Alten herausgestellt. Steigende Lebenshaltungskosten führen jedoch dazu, dass real noch weniger zum Leben verbleibt.
- Tolle Vorschläge hat auch der Gesundheitsminister. Der **Pflegebeitragsatz** von derzeit 2,05 Prozent (Kinderlose: 2,3 Prozent) soll bereits zum 1. Januar 2015 um 0,3 Punkte steigen. Später kämen 0,2 Prozent im Rahmen einer geplanten Großreform hinzu. Zusätzliche Gelder von 5 Milliarden Euro pro Jahr für den Pflegebereich sollen in einem Vorsorgefonds gebunkert werden. Ob der sicher ist bzw. garantiert werden kann, weiß niemand.

Können hiermit die Probleme aber gelöst werden? Natürlich nicht, weil die **Ursachen** für diese katastrophalen sozialen Missstände **nicht beseitigt** werden. Der Reichtum der Herrschenden, der Verursachenden und Profiteure dieser menschenunwürdigen Wirtschafts- und Sozialpolitik



Abb.2: Beitragsröhungen jetzt auf die Arbeitnehmer komplett abgewälzt

wird kaum angetastet. Doch wie lange wollen wir uns die Gaunereien der Großkonzerne, der Superreichen sowie die Täuschungen ihrer Marionetten in der Politik und den Medien noch weiter gefallen lassen?

Es ist höchste Zeit, diese in eine weltweite Willkürherrschaft mündende Entwicklung zu stoppen!

Zunehmender gesellschaftlicher Druck innerhalb und durch verschiedene Organisationen gegenüber den politisch Verantwortlichen ist notwendig. Volksentscheide einfordern, Unterschriftenaktionen in dieser Hinsicht unterstützen, an friedlichen Demonstrationen für Demokratie und Menschenrechte teilnehmen bzw. diese organisieren, sind wichtige Mittel. Ganz aktuell ist es, die Gemeinsame Erklärung europäischer zivilgesellschaftlicher Gruppen gegen die Bedrohung durch das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zu unterstützen⁵. Ebenso betrifft das Aktionen gegen das sogenannte CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada⁶. **Unser Leben, unsere Rechte dürfen niemals zum Spielball der Konzerne werden** (siehe auch Rundbrief 02-2014). Darüber sollten die Volksvertreter aller Parteien mit der Notwendigkeit zur Änderung konfrontiert werden. Sie sollten aufgefordert werden, ihre Aktivitäten offenzulegen und zu begründen. Gleichzeitig gilt es auch, Alternativen aufzuzeigen. Unterstützen Sie deshalb insbesondere unsere weltweite Initiative von Menschen und Gruppierungen zum „Aufruf für eine Bewegung des Lebens“: www.movement-of-life.org

1 UN-Resolution 217 A vom 10. Dezember 1948
 2 Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 07. Dezember 2000
 3 International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies: Think differently, Humanitarian impacts of the economic crisis, Genf, 2013, S.9
 4 <http://www.capital.de/themen/die-reichen-sind-noch-reicher.html>
 5 Kritisches Informationsnetzwerk zum Thema internationale Handelsbeziehungen <http://www.bilaterals.org/?menschen-umwelt-und-demokratie-vor&lang=en>

Parteiunabhängige und gewerkschaftsübergreifende Aufklärungsinitiative zum Themenschwerpunkt Arbeit <http://www.labournet.de/politik/eu-politik/wipo-eu/freihandelsabkommen-mit-den-usa-tafta>

6 Protest der Organisation Campact gegen das CETA-Abkommen <https://www.campact.de/ceta/appell/teilnehmen/>